

Katholischer Familienverband Erzdiözese Wien

[Katholischer Familienverband Fragenkatalog Wienwahl 2020.pdf](#)

Gesundheit & Pflege

Kindergesundheit

Während die Bevölkerungszahl in Wien steigt, sinkt die Zahl der Kinderarztpraxen mit einem

Kassenvertrag. Schon jetzt kommt es zu langen Wartezeiten für einen Termin oder Eltern müssen auf

Wahlarzte mit einer entsprechenden finanziellen Belastung ausweichen.

Wir fordern die Sicherstellung einer Basisversorgung mit ausreichend

Kinderarztpraxen mit

Kassenvertrag.

Wie stellen Sie diese Versorgung in den nächsten 5 Jahren sicher?

Antwort: Wir fordern im Rahmen des Ausbaus der Primarversorgung in Wien spezielle Gesundheitszentren für Kinder und Jugendliche. Darin arbeiten Fachärztinnen für Kinder- und Jugendheilkunde im Team mit Kinderpsychologinnen, Physiotherapeutinnen, Diätologinnen, Logopädistinnen und Sozialarbeiterinnen. Die Zentren sollten im Idealfall in der Nähe von Schulen bzw. Bildungsgemeinschaften entstehen, um Synergien zu schaffen. In Abstimmung mit den Bildungseinrichtungen werden die Erbringung von medizinisch-therapeutischen Leistungen (z.B. Impfen, Behandlung von Verletzungen, Gesundheitscheck) sowie auch Vorsorge (z.B. Ernährungsberatung, Besuch Kinderpsychologin) möglich. Eltern und Kinder sollen vor allem von den erweiterten Öffnungszeiten an Abenden und an Wochenenden profitieren.

Pflege

Die Pflege von Kindern mit besonderen Bedürfnissen bzw. älteren

Familienmitgliedern führt häufig zu

finanziellen Engpässen und zu einer Lücke in den Pensionszeiten. Hinzu kommt, dass diese Form der

Pflege meist langfristig ist und der Pflegeaufwand im Laufe der Zeit steigt.

In Anlehnung an das burgenländische Pflegekonzept fordern wir eine finanzielle und

pensionsrechtliche Absicherung der pflegenden Person. Diese soll – je nach Höhe der Pflegestufe –

ein gestaffeltes Gehalt mit Sozialversicherungsbeiträgen beziehen. Die

pflegebedürftige Person soll

dabei einen Teil der Pension und des Pflegegeldes hierfür aufwenden. Der restliche

Betrag soll von der Stadt Wien übernommen werden.

Wie stehen Sie zu dieser Forderung bzw. welche alternativen Lösungsvorschläge gibt es von Ihrer Seite?

Antwort: Wir haben im Jahr 2019 im Rahmen eines mehrmonatigen Prozesses gemeinsam mit Expertinnen und Interessierten ein umfassendes Pflegekonzept erarbeitet. Darin fordern wir ein höheres Pflegegeld für Hartefälle und bessere Unterstützungsleistungen. Damit soll es pflegenden Angehörigen erleichtert werden, weiterhin ihrem Erwerbsleben nachzugehen.

Betreuung & Schule

Die **institutionelle Kinderbetreuung** ist aus dem familiären Alltag nicht mehr wegzudenken und unterstützt Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Daher ist es umso wichtiger, dass diese Betreuung an den Bedürfnissen der Kinder und Familien ausgerichtet ist, Kinder altersgerecht fordert und flexibel auf die Anforderungen der Familie reagiert.

Wir fordern eine umfassende Reformierung der institutionellen Kinderbetreuung auf verschiedenen Ebenen:

- Verbesserter Betreuungsschlüssel; mehr ausgebildete PädagogInnen pro Gruppe sowie kleinere Gruppen – je jünger die Kinder desto mehr Personal und desto kleiner die Gruppen
- Sprachliche Durchmischung von Gruppen bzw. Klassen jedoch Umgangssprache Deutsch
- Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für jene Kinder, die es benötigen
- Ausbau und Förderung der Tagesmutter/-vater als familienähnliche Struktur in der Kleinkindbetreuung

Wie sehen Ihre Pläne für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Schulalter aus?

Antwort: In keiner Altersstufe kann gute, aufmerksame Betreuung durch Pädagoginnen mehr bewirken als im Kleinkindalter. Besonders für jene Kinder, die im Elternhaus eine wenig förderliche Umgebung erleben, sind qualitätsvolle Bildungseinrichtungen die

Chance, die Grundlagen für ein Leben voller Entwicklungschancen zu erwerben. Um dies sicherzustellen, braucht es mutige Reformen in der Elementarpädagogik:

- Erhöhung des Betreuungsschlüssels: Wir fordern eine schrittweise Annäherung an einen Fachkraft-Kind-Schlüssel von 1:8 für Kindergartengruppen und 1:4 für Kleinkindergruppen, damit optimal dem Alter entsprechend auf die Bedürfnisse der Kinder eingegangen werden kann.
- Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr bei erhöhtem Förderbedarf stellt sicher, dass Kinder frühzeitig die Förderung bekommen, die sie brauchen.
- Indexbasierte Finanzierung im Kindergarten: Mit der indexbasierten Finanzierung erhalten Kindergartenstandorte mit großen Herausforderungen mehr finanzielle Mittel. Diese können für zum Beispiel zusätzliche Pädagoginnen oder für Angebote im Bereich Sprachförderung und Motorik verwendet werden.

Welche der von uns genannten Forderungen können in den nächsten 5 Jahren umgesetzt werden?

Antwort: Aus unserer Sicht ist es möglich, sukzessive den Fachkraft-Kind-Schlüssel in elementaren Bildungseinrichtungen zu erhöhen und ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für jene umzusetzen, die einen erhöhten Förderbedarf aufweisen.

Bei der **schulischen Nachmittagsbetreuung** fordern wir flächendeckend eine Wahlfreiheit für unterschiedliche Betreuungsformen sowie Kostenfreiheit bis 15:30. Die Wahl der schulischen Nachmittagsbetreuung darf weder vom Einkommen der Eltern noch vom Wohnort abhängen. Im Falle einer Änderung der Betreuungsform an einer Schule muss es für Eltern möglich sein, mitzubestimmen. Alle Formen der schulischen Nachmittagsbetreuung (Hort, offene VS, verschränkte VS) müssen über die notwendigen Mittel verfügen, um Schulkinder entsprechend zu betreuen und zu fordern.

Wie stellen Sie in den kommenden Jahren eine Kostengerechtigkeit für alle Familien sicher?

Antwort: Ganztagschulen sind besonders für berufstätige Eltern, Alleinerzieherinnen oder für Kinder aus sozial benachteiligten Familien ein wertvolles Angebot. Sowohl die verschränkte, als auch die offene Form der Ganztagschule inklusive Mittagsverpflegung müssen gratis und für alle Kinder zugänglich sein! Um dieses Ziel zu erreichen, müssen

ausreichend Plätze in Ganztagschulen geschaffen werden, damit jedes Kind mit Bedarf diese auch besuchen kann.

Wie werden künftig Eltern bei diesen Entscheidungen miteinbezogen?

Antwort: Eltern sind grundsätzlich immer in die Entscheidungsprozesse in Bildungseinrichtungen miteinzubeziehen. Sollte es zu Veränderungen an Schulen kommen, muss sichergestellt werden, dass Kinder die Schulform, die sie begonnen haben, auch abschließen können.

Wie wird die Qualität der Betreuung und Forderung von Schulkindern sichergestellt?

Antwort: Damit Lehrer innen sich auf ihren Bildungsauftrag und Schuler innen sich aufs Lernen konzentrieren können, braucht es neben administrativem Unterstützungspersonal auch eine n Schulsozialarbeiter in an jedem Schulstandort, damit Schuler innen bei Problemen auf vertraute Ansprechpersonen zurückgreifen können. Neben einer qualitativ hochwertigen Aus- und Weiterbildung für Lehrer innen und Freizeitpädagog innen müssen auch eine langfristige Finanzierung und damit verbundene Personalressourcen sichergestellt werden.

Wertschätzende Familienpolitik

Das politische Klima ist in letzter Zeit sehr rau geworden. Politische Inhalte treten rasch in den Hintergrund und gemeinsame Anliegen bleiben auf der Strecke. Im Sinne der Familien wünschen wir uns ein Miteinander statt einem Gegeneinander .

Welche familienpolitischen Maßnahmen und Forderungen anderer Parteien finden Sie unterstützenswert?

Antwort: Im Interesse unserer Kinder gilt es stets, Sachpolitik über parteipolitische Interessen zu stellen.

Wir unterstützen die Forderung der SP und der Grünen auf einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz. Nur mit einem Rechtsanspruch haben Eltern die Möglichkeit, nach ihren individuellen Vorstellungen am Arbeitsmarkt zu partizipieren.

Wir unterstützen die Forderung der VP, das Schuler innenparlament landesverfassungsrechtlich zu verankern, damit Schulerinnen und Schuler ein Recht darauf haben, ein 'Schuler innenparlament' abzuhalten Sowohl demokratiepolitisch als

auch bildungspolitisch ist es höchste Zeit, dass Schuler innen ihre Expertise in Bildungsfragen einbringen können.

Sonntagsoffnung

Die Sonntagsoffnung im Handel ist seit Jahren ein Thema. Auch wenn in einem ersten Schritt nur in Tourismuszonen die Sonntagsoffnung angedacht ist, fürchten wir eine Ausweitung auf Einkaufszentren und weitere Einkaufsstraßen. Gemeinsames Familienleben und Erholung bleiben auf der Strecke.

Wir fordern eine Beibehaltung der Sonntagsruhe im Handel.

Antwort: Wir sprechen uns für die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten aus, dies soll gerade kleineren Unternehmerinnen und Unternehmern Wettbewerbsvorteile gegenüber den großen geben. Unter der Voraussetzung, dass die öffentliche Ruhe nicht gestört wird und die bestehenden Arbeitnehmer innenrechte (Überstundenvergütung, strikte Einhaltung von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen) gewahrt werden, sollen Unternehmer innen selbstbestimmt entscheiden können, wann sie ihr Geschäft aufsperrten bzw. geschlossen halten.